

SONNTAG, 22. APRIL 2018 /

Wohnungsbau statt Laubenidyll

Unternehmer regt an, Kleingärten zu schleifen

„Kleingärten werden dauerhaft gesichert. Wenn der Schutz nicht möglich ist, sind Ersatzflächen in räumlicher Nähe zu schaffen.“ So klar und deutlich steht es im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Und doch fällt der Blick auf der Suche nach städtischen Baulandreserven automatisch auf die großen Kleingartenflächen in Neukölln, Treptow, Pankow, Tempelhof oder Reinickendorf. Drei Prozent der Stadtfläche, rund 3000 Hektar, sind mit Kleingärten bedeckt. „Keine vergleichbare Metropole hat eine so große Anzahl an privat nutzbaren Gärten im unmittelbaren Einzugsbereich der Innenstadt“, heißt es auf den Seiten der Umweltverwaltung.

In einem Offenen Brief an Bausenatorin Lompscher schlägt der Immobilienentwickler Arne Piepgras, bekannt geworden als Käufer des Stadtbades Wedding und Investor am Dragonerareal, einen Tabubruch vor: Die innerstädtischen Kleingartenanlagen sollten geschleift und mit günstigen Wohnungen bebaut werden. Piepgras hat ausgerechnet, dass auf den 3000 Hektar Gartenparzellen etwa 400 000 Wohnungen gebaut werden könnten, seine Kalkulation ist in dem Brief nachzulesen, der am Sonnabend als Anzeige im Tagesspiegel erschien.

Man muss dieser Kalkulation nicht folgen, dennoch ist klar, dass der wachsende Flächenbedarf für Wohnraum, Schulen, Straßen, Industrie und Gewerbe langfristig ohne Erschließung weiterer Flächenangebote nicht gedeckt werden kann. Gibt es die Flächen nicht in Berlin, müssen Wohnungsbaugesellschaften und private Bauträger auf das Umland ausweichen. Die Wanderungsbewegung hinaus aufs Land findet bereits statt, in der Regel unfreiwillig, weil Grundstückspreise und Mieten in Berlin astronomische Höhen erreicht haben.

Piepgras findet es gerechter, „die Kleingärten ins Umland umzusiedeln“ als „absehbar hunderttausende Berliner Bürger“ auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung nach Brandenburg zu schicken. Diese „Gerechtigkeitsdebatte“ müsste jetzt angestoßen werden, am besten von Lompscher selbst. Die Senatorin lehnte am Samstag eine Stellungnahme ab. Die langjährige Stadtentwicklungsexpertin und Fraktionschefin der Grünen, Antje Kapek, hält eine Bebauung von Kleingärten für falsch. „Ich unterstütze die Umweltverwaltung, wenn sie sich dagegen wehrt.“ Bei der zunehmenden Verdichtung der Stadt durch Bauvorhaben gelte es, genügend grüne Ausgleichsflächen zu sichern. 2012 wurden 300 Kleingärten für den Ausbau der Stadtautobahn abgeräumt. Auch für die geplante Trasse der Südostverbindung in Treptow müssen Kleingärten weichen. Auf einer Teilfläche der Kolonie Oeynhausen in Schmargendorf entstehen derzeit fast 1000 Wohnungen.

THOMAS LOY

**Auf
3000 Hektar
Gartenland
gebe es Platz
für 400 000
Wohnungen**